

## GASTKOMMENTAR

## Keine Steuer auf Bargeld

DIRK MEYER

Psychologische Vorbereitung auf negative Sparzinsen oder ernst gemeinter Vorschlag? Aus den Reihen des IWF und der EZB dringt eine Idee, die zwei Preisauszeichnungen im Supermarkt zur Folge haben könnte: die höhere bei Barzahlung, die niedrigere bei Kartenzahlung. Undenkbar? Keinesfalls. Die abflauende Konjunktur bereitet Zentralbanken mit einem Leitzins von null oder gar Negativzins erhebliche Sorgen. Ist zukünftig eine Leitzinssenkung weit in den negativen Bereich noch wirksam? Denn der negative Hauptrefinanzierungszins einer Zentralbank, an den der Einlagenzins für Giro- und Sparkonten gekoppelt ist, hat eine Grenze – die Kosten der Bargeldhaltung.

Kunden können ihre Wertaufbewahrung auf Bargeld umstellen, wenn die „Verwahrgebühr“ bei Banken zu hoch wird. Allerdings fallen hier Transport-, Tresor- und Versicherungskosten an. Mit dem derzeit von der EZB und einigen Geldhäusern erhobenen Strafzins von minus 0,4 Prozent scheint die Schwelle erreicht, denn einige Banken und vermögende Privatkunden horten bereits erhebliche Bargeldbestände. Findige Ökonomen des IWF und der EZB haben deshalb kürzlich die Idee präsentiert, Bargeld mit einer Sondersteuer zu belegen. Etwas vereinfacht schlagen sie Euro-Bargeld und Euro-E-Geld (Sicht- und Spareinlagen) als zwei Währungen mit festem Umtauschkurs vor. Das Euro-Bargeld würde in Höhe des negativen Leitzinses gegenüber dem Euro-Buchgeld abgewertet.

Beträgt der Leitzins beispielsweise minus drei Prozent, wären Scheine und Münzen pro Jahr gegenüber dem E-Geld drei Prozent weniger wert. Das Halten von abgewertetem Bargeld wäre ebenso (un)attraktiv wie eine Einzahlung auf das Girokonto mit negativem Zins. Damit wäre dem Euro-Bargeldhalter die Alternative versperrt, einer Quasi-Enteignung zu entgehen, und die EZB hätte Handlungsspielraum zurückgewonnen. De facto handelt es sich um zwei Euro-Parallelwährungen. Die Währungsreform müsste in einer Änderung der EU-Verträge einstimmig beschlossen werden – was bei einigen Ländern auf Widerstand stoßen dürfte. Fortan würde der E-Euro als Recheneinheit und Vertragswährung dominieren. Der Euro-Bürger würde beim täglichen Einkauf voraussichtlich nur noch den E-Preis in der Warenauszeichnung auffinden.

Da jedoch in Deutschland mit 78 Prozent die Barzahlung dominiert, würden spätestens an der Kasse die aufaddierten Abwertungen des Bargeldes sichtbar. Entweder führt dieser psychologische Effekt zu einem generellen Vertrauensverlust in die Euro-Währung und/oder die Tendenz zur bargeldlosen Zahlungsweise würde verstärkt. In jedem Fall benötigte die EZB enorme Kommunikationsanstrengungen, um Akzeptanz zu erreichen. Da die EZB mit Blick auf die Krisenstaaten die Macht über eine Zinserhöhung verloren hat, wirkt der Negativzins als Sperrklinke. Jede Rezession schafft ein neues Negativzinsniveau, das als Basis für zukünftige Zinssenkungen dienen muss. Allein die Annahme eines dauerhaften Leitzinses von minus fünf Prozent würde – ohne jegliche Inflation, die zur Kaufkraftentwertung noch hinzukäme – alle 14 Jahre eine Halbierung des Bargeld-Euro-Kurses bewirken. Die Kollateralschäden dieser fortgeführten Negativzinspolitik für Sparer und die Geschäftsmodelle von Lebensversicherungen und Banken bleiben in diesem kreativen, aber kaum innovativen Ansatz zukünftiger Währungspolitik unbeachtet.

Weitaus schwerer wiegen negative Anleihezinsen für Unternehmen und Staaten. Zwar gab es Perioden negativer Realzinsen von bis zu minus zwei Prozent bereits vor der Euro-Einführung, doch brachten die Risikoprämien den Anleihezins zurück ins Plus. Nun droht Kapitalvernichtung durch Investitionen mit negativer Wertschöpfung und ausuferndem, schuldenfinanziertem Sozialstaat. Das Mittel heiligt den Zweck: die Euro-Währungsunion in ihrer jetzigen Zusammensetzung an Mitgliedern. Nationale Parallelwährungen wären der bessere Weg, denn sie entlasten die EZB aus ihrer Rolle, für alle 19 Euro-Staaten die passende Geldpolitik schneiden zu müssen.

■ Autor Dirk Meyer hat eine Professur am Lehrstuhl für Ordnungsökonomik der Helmut-Schmidt-Bundeswehr-Universität in Hamburg inne.